

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 29.50 einchl. Postbestellgeld. Einzelnummern 40 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges. Zweigst. Wildb. Postsparkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum M. 1.—, auswärts M. 1.20. : Reklamezeile M. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: Täglich 8 Uhr vormittags. : In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 12

Februar 1922

Wildbad, Montag, den 16. Januar 1922

Februar 1922

56. Jahrgang

Sagespiegel.

Die Reichsregierung hat die von den Beamtenverbänden verlangte Erhöhung der Grundgehälter abgelehnt, dagegen sollen die Teuerungszuschläge erhöht werden. Die Neuregelung der Bezüge und Arbeitslöhne wird einen Mehraufwand von 8 bis 10 Milliarden Mark erfordern.

Dem „Verl. Lokalan.“ zufolge haben die deutschen Vertreter mitgeteilt, es sei ihnen in Cannes ein äußerst höflicher Empfang bereitet worden. Die Einladung nach Genua eröffne günstige Aussichten.

Verschiedene Berichterstatter hatten gemeldet, daß Ministerpräsident Poincaré am Samstagabend eine anderthalbstündige Unterredung mit Lloyd George gehabt habe, die „sehr herzlicher Art“ gewesen sei. Heute wird berichtet, die Unterredung habe gar nicht stattgefunden und zwar „aus formellen Gründen“. Diese Tatsache habe in politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen.

Die ergebnislose Konferenz von Cannes hat 6 Millionen Franken gekostet. Dazu wurden mehr als 500 000 Worte telegraphiert.

Der „Friede des Gleichgewichts“.

Als in den ersten Maitagen des regen Jahres 1919 der General Voith die Bedingungen hörte, welche die Entente Deutschland als „Friedensvertrag“ aufzuzwingen beabsichtigt hatte, rief der fromme Bure entsetzt aus: „Welche Gottlosigkeit! Sie wissen, daß Gott einen ganz anderen Vertrag geschrieben hat“. Aus italienischen Quellen haben wir seither erfahren, daß damals die Mehrzahl der Teilnehmer an der Friedenskonferenz fest davon überzeugt war, daß Deutschland diesen Vertrag niemals annehmen, niemals unterschreiben werde, daß die „großen Vier“ mit dieser Ausarbeitung unter dem Druck Clemenceaus und des ganz in französische Hände geratenen Wilson eine überläufige Festschreibung geleistet hätten, die nur geeignet sei, das Ansehen der Entente herabzusetzen und dann dem Papiertorb anheim zu fallen. Dann werde man, so war die allgemeine Ansicht, doch wieder auf die „ursprünglichen Friedensbedingungen“ zurückgreifen müssen.

Von den nach den verschiedenen Pariser Vortragsführern Ludwigs XIV. genannten Verträgen besteht der von Schweden (mit der Türkei) schon jetzt nicht mehr. Die Friedensschlüsse von Trianon und St. Germain (mit Ungarn und Oesterreich) sind durchlöcherter und die große Entente ist in solchem Maße verdächtig, sie zu revidieren, daß sich die nächsten Nutznießer des dort beschlossenen Länderbaus zu einem beiderseitigen Bündnis haben zusammenfinden müssen, um als „Neue Entente“ die Verträge gegen deren eigene Urheber zu verteidigen. Nur an dem Irrsinn von Versailles soll nichts gerührt werden. Eine Atempause soll Deutschland gewährt werden, damit es nach einer Gulgenkrise desto gründlicher gefoltert werden könne.

Wie sah aber der „Friede des Gleichgewichts“ aus, über den sich die Engländer und Amerikaner einig geworden waren, bevor Wilson an jenem für ihn und die Welt unheilvollen 13. Dezember 1918 in Brüssel landete und alsbald in die Polypnarne französischer Verfallungsartikeln geriet? Die für uns augenblicklich wichtigsten Bedingungen waren:

Keine interalliierte Besetzung des linken Rheinufers. Frankreich darf das linke Rheinufer besetzen, aber nur für höchstens anderthalb Jahre.

Alles öffentliche Eigentum in Elsaß-Lothringen wird Deutschland bezahlt.

Keine Abtretung der Bergwerke und keine besondere Verwaltung des Saargebietes.

Oesterreich darf sich nach freiem Willen an Deutschland anschließen.

Deutschland ist aller Entschädigungsansprüche nach dreißig Jahren quitt, gleichgültig, wie viel es bis dahin hat bezahlen können. Die Hälfte kann in Papier bezahlt werden.

Diese Bedingungen, die uns in unserer heutigen Lage fast wie ein Märchen klingen, sind ein Meilenstein auf

dem Unglückswege, den die Welt in Versailles eingeschlagen hat. Aus den Veröffentlichungen Tardieus wissen wir, welche bis zur Kaiserzeit gesteigerte Nähe Clemenceau gehabt hat, um aus diesem englisch-amerikanischen „Frieden des Gleichgewichts“ den „guten Frieden, den der französische Frieden“ zu machen, dessen tolle Bedingungen dann den Deutschen überreicht und von ihnen unterschrieben wurden. Länger als ein Vierteljahr hat es gedauert, bis Frankreich alle Bedingungen, die seither Europa zu einem einzigen, unheilbaren Ballan gestaltet haben, durchgedrückt hatte, und bis Clemenceau händelnd den Pariser Zeitungsbereicherstatten zu zureden konnte: „Der Friede ist gut! Wir haben nicht alles durchgesetzt, aber der Friede ist gut!“

Auf die letzte sichtbare Station der Versailler Ententeverhandlungen, auf diese Bedingungen, wie sie noch zu Beginn des Jahres 1920 festlagen, müssen wir heute und in Zukunft den festen Blick richten. Das ist der erste Meilenstein der Revision, zu dem wir zurück gelangen müssen. Beim ersten Schritte, den die Entente unternimmt, um zu jenem Meilenstein in des „Friedens des Gleichgewichts“ umzukehren, wird sie zeigen, daß sie die Vermutung wieder in ihr Recht einlegen will, nachdem Deutschland seit mehr als zwei Jahren bewiesen hat, daß es ihm unmöglich ist, den Wahnsinn zu erfüllen. Nicht um eine Stundung darf geachtelt, sondern die ehrliche Forderung der Revision muß endlich mutig von Deutschland ausgesprochen werden.

Die deutschen Auslandsguthaben.

W. W. Wie die französische Zeitung „Intransigeant“ berichtet, haben belgische Sachverständige eine Denkschrift ausgearbeitet, in der die „Erfassung der deutschen Auslandsguthaben“ für die nächsten fünfzig Jahren vorgeschlagen wird. Dieser Vorschlag würde an den viel erörterten Paragraphen 18 zu Anlage II des Teiles VIII des Versailler Vertrags anknüpfen. Dieser Paragraph legt Deutschland auf „wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen, überhaupt solche Maßnahmen, welche die verbündeten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten, nicht als feindliche Handlungen zu betrachten“. Solche Maßnahmen sollen verhängt werden dürfen, wenn Deutschland „vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt“. Bekanntlich hat England zuerst darauf verzichtet, diesen Paragraphen 18 in Anwendung zu bringen. Der Grund für diesen Verzicht war der Wunsch, London als bevorzugten europäischen Geldplatz wiederherzustellen. Man hatte eben in England die Erfahrung gemacht, daß auch nur die Möglichkeit einer Bedrohung fremder Guthaben das Vertrauen auf die Sicherheit des Londoner Geldmarktes mindert. Sollte Belgien also in Cannes ernstlich die Heranziehung der deutschen Auslandsguthaben zur Deckung der fälligen Reparationsraten vorschlagen, so würde es sich in offener Widerrede zu England setzen.

Sachlich ist zu dem angebotenen belgischen Vorschlag zu sagen: Es ist nicht nachzuprüfen, ob die belgische Angabe von vier Milliarden Goldmark deutscher Auslandsguthaben zutrifft. Jeder ausländische Deutsche würde es begriffen, wenn es gelänge, die in den letzten Jahren vor der steuerlichen Belastung ins Ausland geflohenen deutschen Kapitalien in großem Umfang zur Bezahlung unserer Auslandsschulden heranzuziehen. Sogar gegen eine restlose Beschlagnahme verschobener Kapitalien ließe sich vom Standpunkt der Moral nichts einwenden. Etwas anderes ist es aber mit demjenigen Auslandsguthaben, die den laufenden Ein- und Ausfuhrgeschäften dienen. Das Schwanken der Devisenkurse hat es für zahlreiche Handelszweige geradezu zum Bedürfnis gemacht, Auslandsguthaben in fremder Währung zu unterhalten, um das Devisenrisiko auszuweichen oder doch zu mindern. Bekanntlich hat die Wiederherstellungskommission bei der Reichsregierung Vorschläge über die Heranziehung inländischer Devisen zu Entschädigungszahlungen eingebracht. Wir haben also mit einer Beschlagnahme eines Teils der in Deutschland befindlichen Devisen zu rechnen. Unser gesamter Außenhandel würde ruiniert, wenn uns etwa die Hälfte der Auslandsguthaben ganz oder zum erheblichen Teil fortgenommen würden. Und jählich muß immer wieder betont werden, daß wir zwar zu großen Opfern bereit sind, es aber mit aller Bestimmtheit ab-

lehnen, Gegenstand bedenklicher Erpressungsmanöver zu werden.

Gemeinsame Goldwährung in den russischen Randstaaten?

W. W. Die früher russischen Gebiete Litauen, Lettland, Estland und auch Finnland haben noch alle Hände voll mit den inneren Auf- und Ausbau ihrer jungen Staatswesen zu tun; aber sie haben eingesehen, daß in der Zeit der Elektrifizität, der Dampfschiffahrt und des Eisenbahnverkehrs ein kleiner Staat zu kurz kommt und Ansehen suchen muß. In der Weltwirtschaft spielen keine Völker keine Rolle und sind häufig außerstande, selbst lebenswichtige Interessen zu schützen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Sicherung der Valuta. Die genannten vier russischen Nachfolgestaaten haben in ihrem kurzen Dasein schon viele Valutawierigkeiten zu überwinden gehabt. In Litauen ist die bisherige Oberostwährung beibehalten worden; Lettland hat zwar noch den alten russischen Rubel, aber auch die deutsche Reichsmark wird sowohl in Riga als auch an anderen Plätzen des Landes von Einheimischen und Fremden in Zahlung genommen. Estland und Finnland besitzen jedes eine eigene Mark. Da alle vier Staaten als Grenzgebirge wirtschaftlich auf einander angewiesen sind, so lag nahe, daß sie die Einführung einer gemeinsamen Währung, u. zwar der Goldwährung, erwogen. Den Anstoß hierzu scheint Lettland gegeben zu haben, das, wie behauptet wird, 20 Millionen Mark Gold besitzt und neben Zehn- und Zwanzig-Frankenstücken aus Gold auch Ein- und Zwei-Frankenstücke aus Silber prägen lassen will. Auch Estland verfügt über einen Goldschatz, der aus Rußland stammt. Als Sowjetrußland keine andere Möglichkeit sah, die aus dem Auslande über Neval zu beziehenden Güter zu bezahlen als in Gold, floß in die Bank von Neval sowjetrussisches Gold, das nun die Grundlage für die neue Währung werden soll. Litauens Wirtschaftslage ist verhältnismäßig günstig. In Finnland, das von den vier genannten russischen Randstaaten inanziell und wirtschaftlich am besten dasteht, haben Handel und Verkehr einen bemerkenswerten Aufschwung genommen; es wäre noch eher als die anderen baltischen Länder zur Durchführung der Goldwährung imstande. Alle vier Länder spielen beim russischen Durchgangsverkehr eine wichtige Rolle. Die wirtschaftliche Wiederbelebung Rußlands, die ja einmal kommen muß, wird die Bedeutung dieser Länder noch steigern.

Vorläufige Stundung.

Cannes, 15. Jan. Die von Deutschland erbetene Stundung ist von der Wiederherstellungskommission genehmigt worden, die ihren Beschluß sodann dem Obersten Rat mitteilte. In der gemeinsamen Sitzung des Obersten Rats und der Kommission verlas der Vorsitzende der Kommission, Dubois, den Beschluß. Darnach wird für die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Zahlungen, soweit nicht schon Zahlungen in bar, Sachleistungen oder Ausfuhrsteuern geleistet sind, vorläufig und unter Vorbehalt nachstehender Bedingungen eine Frist gewährt: Die Reichsregierung zahlt alle 10 Tage, erstmals am 18. Januar, 31 Millionen Goldmark (etwa 1/4 Milliarden Papiermark) in Devisen; sie überreicht binnen 14 Tagen der Wiederherstellungskommission einen vollständigen Plan über die Umformung des Reichshaushaltsplans, die Reichsbank, den Papiergeldumlauf (Abkündigung der Lebensmittelszuschüsse, Kohlenpreiserhöhung, Tarifhöhung für Post und Eisenbahn usw.), sowie eine Plan für die Barzahlungen und Sachlieferungen für 1922. (Das ist die Beantwortung der bekannten drei Fragen. D. Schr.) Die Verzugsfrist geht zu Ende, wenn die Kommission oder die verbündeten Regierungen über die verlangten Pläne eine Entscheidung getroffen haben.

Begegnung Lloyd Georges mit Poincaré.

Paris, 15. Jan. Lloyd George, der gestern von Cannes hier eintraf, hatte auf der Durchreise nach London eine längere Besprechung mit dem neuen Ministerpräsidenten Poincaré.

Poincaré und sein Programm.

Paris, 15. Januar. Poincaré soll Zeitungsvertretern gegenüber erklärt haben, daß er die Auswahl seiner

Wiederkehr vor Sonntag kaum beendet habe. Es liege nicht in seiner Absicht, das Ministerium für die zerstörte Gebiete und für die Pensionen aufzugeben, hingegen werde vielleicht das Ministerium für Volksgesundheit wegfallen. Ferner einige Unterstaatssekretariate. Gestützt darauf sagt man, das neue Ministerium werde 14 Minister und 5 Unterstaatssekretäre haben, während das alte Kabinett Briand 15 Minister und 2 Unterstaatssekretäre hatte. Von den 13 künftigen Mitarbeiter Poincares sollen 2 aus dem Senat und 11 aus der Kammer gewählt werden. Das neue Kabinett wird voraussichtlich am nächsten Donnerstag zum erstenmal vor die Kammer treten. Ueber seine auswärtige Politik gab Briand die Erklärung ab, er werde mit allen Kräften versuchen, das Abkommen mit England zum Abschluß zu bringen. Der englische Ministerpräsident Lloyd George sei durch den englischen Gesandten um eine Unterredung gebeten worden. Das französisch-englische Abkommen, das Poincare abzuschließen hofft, werde aber anders lauten als der englische Entwurf. Man suche darin vergebens eine militärische Vereinbarung. Poincare sagte, daß er mit der fehligen Art der Verhandlungen mit den Verbündeten zu brechen gedenke. Seiner Ansicht nach hätten sich die obersten Entente-Mächte überlebt; die Ministerpräsidenten sollten öfter und länger miteinander sprechen, aber nicht in Palästen oder Kasinos. Auch sollte kein Oberster Rat mehr einberufen werden, bevor die Arbeiten nicht durch die Gesandten genügend vorbereitet seien. Was die Konferenz von Genua anbelangt, so verhält sich Poincare anscheinend sehr zurückhaltend. Es wird vor allem betont, daß Amerika immer noch nicht seine Zustimmung für die Teilnahme an dieser Konferenz gegeben habe und daß deshalb Frankreich auch nicht unvermittelt mit Ja antworten könne. Man erinnert daran, daß Poincare kürzlich geschrieben hat: Was würde Frankreich in dieser lärmenden Kundgebung gewinnen? Nichts! Was würde es verlieren? Alles! Was könnte Deutschland verlieren? Nichts! Was würde Deutschland gewinnen? Alles!

Poincare über den Sicherheitsvertrag.

Paris, 15. Jan. Der „Matin“ will wissen, Poincare wüßte die freundschaftlichen Beziehungen zu England noch enger zu knüpfen, ohne jeden Vorschlag Englands ohne weiteres anzunehmen. Der vorläufige Bündnisvertrag weise jedoch zu viele Lücken auf. Man könne nicht wissen, ob die Lage Frankreichs nach den 10 Jahren, für die der Vertrag läuft, nicht viel bedrohlicher sei als heute. Der Vertrag enthalte auch keine näheren Bestimmungen darüber, in welcher Weise Frankreich England unterstützen müßte, wenn letzteres angegriffen würde.

Neues vom Tage.

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 15. Jan. Das Reichskabinett wird am Montag zu einer Beratung über die Ergebnisse von Cannes zusammengetreten. An der Sitzung werden auch die deutschen Vertreter in Cannes teilnehmen. Die Ausarbeitung der von der Wiederherstellungskommission verlangten Pläne für die Umformung der Finanzverhältnisse des Reichs usw. wird alsbald in Angriff genommen und man hofft, sie in 14 Tagen vorliegen zu können.

Eröffnung des Parteitag des Zentrums.

Berlin, 15. Jan. Der Parteitag des Zentrums wurde gestern abend mit einer nichtöffentlichen Sitzung des Augustinervereins eingeleitet. Reichsminister Dr. Birtz wird vor den Mitgliedern der Zentrumspresse über die politische Lage sprechen.

Alte Koalition in Bayern.

München, 15. Jan. Der „Bayer. Kurier“ meldet, daß ernstliche Schritte zum Wiedereintritt der Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei) in die Regierungskoalition, die derzeit aus Bayer. Volkspartei (Ztr.), Bayer. Bauernbund und Demokraten besteht, eingeleitet sind.

Schicksal der englischen Politik in Indien.

Berlin, 15. Jan. Nach einer Meldung des „Lokal-Anzeigers“ aus Paris sind der Staatssekretär für Indien, Montague und der Vizekönig von Indien, Lord Reading (Rufus-Jaac) von ihren Ämtern zurückgetreten. Man ist an, daß die unfreund-

liche Ausnahme, die der englische Kronprinz auf seiner Reise in Indien fand, die Ursache dieses Rücktritts sei, während die Hauptursache darin zu suchen sei, daß das Scheitern der Londoner Politik in Indien hauptsächlich diesen beiden Beamten zuzuschreiben sei.

Einladung zur Konferenz in Genua.

Paris, 15. Jan. Die Einladungen zur Konferenz in Genua sind an die europäischen Regierungen versandt worden. Lloyd George telegraphierte an den Präsidenten Harding, die Konferenz werde bestimmt stattfinden; die Vereinigten Staaten haben das Recht, 5 Vertreter wie alle übrigen Großmächte zu entsenden. Die Konferenz werde am 3. März (nach einer anderen Meldung am 8. März) eröffnet werden.

540 000 Mann Friedensstärke des polnischen Heers.

Warschau, 15. Jan. Der Kriegsminister brachte im Sejm (Abgeordnetenhaus) den Gesetzesentwurf ein, der die allgemeine Wehrpflicht regelt und für die jährlich einzuberufenden 250 000 Wehrpflichtigen eine zweijährige Dienstzeit festsetzt, was 150 Milliarden polnische Mark Ausgaben für das Heerwesen bedingt. Das Gesetz wurde der Kommission überwiesen.

Bayerischer Widerbruch gegen die „Reinigung“ des Beamtenkörpers.

München, 15. Jan. Unter der Überschrift „Ein neuer Eingriff in die Landeshoheit“ protestiert der „Bayer. Kurier“ (Ztr.) gegen die Absicht, in das neue Gesetz zum Schutz der republikanischen Verfassung eine Bestimmung aufzunehmen, welche die „Reinigung des Beamtenkörpers“ von allen nicht wahren republikanischen Elementen bezweckt. Der Gesetzesentwurf greife in die Landeshoheit ein und würde neuen Fäulnisstoff in die Beziehungen zwischen Reich und Länder werfen.

Ermittlungsverfahren gegen den Führer der Bayerischen Königsparlei.

München, 15. Jan. Gegen den Führer der Bayerischen Königsparlei, Mayer-Koh, ist ein Ermittlungsverfahren wegen Aufforderung zum Hochverrat eingeleitet worden, weil er eine Entschleierung der Landesvorstandschafft der Partei veröffentlichte, die sich für die gewalttätige Abschaffung der Weimarer Verfassung ausspricht.

Eine bayerische diplomatische Vertretung in Stuttgart.

München, 15. Jan. Der „Bayer. Kurier“ die Errichtung einer bayerischen Vertretung in Stuttgart. Demnächst soll eine entsprechende Vorlage an den Landtag gehen. Als Kandidat wird der Ministerialrat im Kultusministerium, Kern, genannt.

Ausnutzung des Mark-Tiefstands. Tausend Mark gratis bei jeder Barzahlung von je 100 Dollar zahlte eine nordamerikanische Automobilfirma jedem der am 27. November 1921 oder gleich darauf bei ihr ein Auto kaufte! 1000 M. hatten vor dem Krieg einen Wert von 240 Dollar. Steigt der Wert der Mark — heißt es in der Reklame — auf nur fünf Cents, dann hat der Käufer den halben Kaufpreis gewonnen; steigt er auf 10 Cents — dann hat er sein Auto ganz umsonst! — Kommt die Mark auf den Vorkriegswert, dann hat der Käufer fast zweieinhalbmal so viel dafür, was das neue Auto jetzt kostet, und das Auto obendrein.

Der Düngewert des Schnees. Das Schmelzwasser des Schnees ist von erheblicher Bedeutung für die natürliche Düngung des Erdbodens. Während vom Regen nur etwa 150 Prozent in den Erdboden eindringen, der Rest verdunstet oder abfließt, gelangen vom Schmelzwasser des Schnees 75 Proz. in die Erde. Schon daraus ergibt sich, daß Schneefall für den Ackerboden um das fünffache wertvoller ist als Regen. Ein Liter Regen- bzw. Schmelzwasser enthält 1,9 Milligramm Ammoniak, 0,7 Milligramm Salpetersäure und etwas mehr Schwefelsäure.

Vertretertag der Deutschen Volkspartei Württembergs.

Stuttgart, 14. Jan. Unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Landes fand gestern nachmittag im Bürgermuseum die ordentliche Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei in Württemberg statt. Landesvorsitzender Abg. Vides gedachte u. a. in warmen Ausführungen des Hinscheidens des Königs und sprach sodann über „Die politische Lage im

Reich“. Ueber das Ergebnis des Cannes konnte ein abschließendes Urteil noch nicht gegeben werden, aber von einem Erfolg der deutschen Bemühungen könne kaum gesprochen werden. Wenn tatsächlich eine gewisse Entspannung eingetreten sei, so sei das weniger dem Besuch Mathenaus in London zuzuschreiben, als Unterredungen, die diesem Besuch vorausgegangen seien. Wenn nun in der kurzen Frist von 14 Tagen von der deutschen Regierung die Vorlage eines Zahlungsprogramms bzw. eines Reform- und Garantieplans betreffend den deutschen Haushalt und den Papiergeldumlauf gefordert würde, werde man nun auch zur Erledigung der Steuergesetzgebung gezwungen sein. Ob hierbei eine Verständigung im Reichstag zustande komme, sei fraglich. Die Mehrheitssozialdemokratie sei in den letzten Wochen immer mehr nach links geraten, wohl im Hinblick auf die Tagung der Unabhängigen in Leipzig. Die Deutsche Volkspartei werde sich einer Zusammenarbeit mit allen aufbauwilligen Kräften in einer großen Koalition niemals entziehen, sofern eine Formel gefunden werde, die diese Mitarbeit ihr auch möglich mache. Daß nur eine Politik der Mitte möglich sei, sei selbstverständlich. Unjo bedauerlicher seien die Angriffe, die bei der letzten Landesversammlung der württembergischen Demokraten der erste Führer dieser Partei im Reich gegen die Deutsche Volkspartei gerichtet habe. (Vehh. Beifall.)

Als zweiter Redner sprach Abg. Hartmann über „Fragen der Landespolitik“. Als das wichtigste politische Ereignis bezeichnete er die Regierungs-umbildung durch die Befegung des Arbeits- und Ernährungsministeriums mit Herrn Keil. Die Deutsche Volkspartei habe von der ganzen Angelegenheit erst erfahren, nachdem diese bereits eine beschlossene Sache war. Redner berichtete über den Anteil der Deutschen Volkspartei an der Tätigkeit des Landtags.

Ueber die Entwicklung der Partei im letzten Jahr erstattete Generalsekretär Kienzle Bericht. Er stellte eine Aufwärtsbewegung der Partei fest.

Es wurde sodann eine Entschlieung angenommen, die der Landesparteileitung, der Landtags- und Reichstagsfraktion der Partei volles Vertrauen ausspricht und mit Befriedigung von dem Schritt der Landtagsfraktion in der Angelegenheit der Schuldfrage Kenntnis nimmt. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Fraktion in ihren Bemühungen nicht nachlassen wird, die württembergische Regierung an ihre Pflicht in dieser Sache zu mahnen, um die Aufstellung dieser Kernfrage der deutschen Politik zu erzielen. Der Vertretertag weist ferner mit aller Entschiedenheit die von den Vorstehenden der Deutschdemokratischen Partei im Reich getane Äußerung, die Flaggenagitation sei ein nationales Geschwäh, also äußerst bedauerlich und das Zusammengehen der überlücklichen Parteien im Höchstmaß erschwerend zurück. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit lasse sich seine ruhmreichen Farben nicht nehmen und wies nicht ruhen, bis deren Verleugnung und Preisgabe wieder gutgemacht ist.

Württemberg.

Stuttgart, 15. Jan. (Neue Fleischpreiserhöhung.) Die Stadt tuttagt sieht vor einer neuen Fleischpreiserhöhung. Seit 1. Januar haben die Schlachthofgebühren eine Steigerung um 25-50 Prozent erfahren. Dazu kommt die Erhöhung der Umsatzsteuer und das Anwachsen aller übrigen Geschäftskosten im Metzgergewerbe, vor allem aber die steigende Preisentwicklung auf dem Stuttgarter Schlachthofmarkt, wo die Einkaufsverhältnisse nach einem Bericht der Fleischer-Zunft infolge der Aufhebung der Grenzsteuer durch die nicht-württembergische Konkurrenz für die ansässigen Metzger sich immer schwieriger gestalten. Die zugelassenen auswärtigen Großhändler kaufen das Vieh für Städte wie Frankfurt, Köln usw. weg und die Metzger müssen, wenn sie überhaupt Waren bekommen, weitaus höhere Preise anlegen, als sie in den amtlichen Schlachthöfen genannt sind. Aus allen diesen Gründen sieht sich die Stuttgarter Fleischzunft genötigt, die Fleisch-

Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höder.

46.

(Nachdruck verboten.)

„Was das zu bedeuten hat, vermag ich nicht zu ermessen,“ meinte der Amtsrat nach einer Weile bekümmert. „Wer dieses Schmutzstück die langen Jahre über verborgen hat, muß seine triftigen Gründe hierzu gehabt haben. Dies kann nur Wehlig gewesen sein, denn er hatte seine heutige Wohnung schon damals inne. Er wird und muß uns befriedigenden Aufschluß geben.“

Die Kammerdienerin gab ihm keine Antwort, sie hatte auf seine Worte nicht einmal geachtet, so sehr war sie mit dem Sturm in ihrer eigenen Seele beschäftigt; der steigerte sich mit jeder neuen Sekunde. Dann hielt sie plötzlich mitten im Schritt inne, schlug die Hände zusammen und stöhnte wiederum dumpf.

„Wie ist mir denn,“ kam es gebrochen von ihren Lippen. „was quält mich nur so, daß ich schreien muß?“ Sie wollte auf Martini zu und umklammerte dessen Hand. „O Herr Amtsrat, nur der Mörder kann mit seiner verurteilten Hand das Kettenstück abgerissen haben — nur er! Dann muß er geflohen sein, das Kettenstück noch immer in der Faust — aber dann — dann — dann hat mein Mann, der Sanders, doch recht — dann war's der andere, den er noch gesehen haben will, wie er zum Fenster hinaus geflohen ist — dann war's mein zweiter Mann, der Bindewald!“ schrie sie grell heraus.

Sie zerrückte ihr Haar mit beiden Händen und schlugte wild auf. „Herrgott im Himmel, nur das nicht — das nicht!“ flüsterten ihre aschfarbigen Lippen. „Das triebe mich in den Wahnsinn — es kann nicht sein — es wäre so schrecklich... und doch — und doch —“ Ihre Stimme verlor sich von neuem in einem schreienden, unverständlichen Schlingen.

Bergebens versuchten die beiden Männer, selbst in großer Gemütsbewegung sie zu beruhigen. Sie hörte auf seine Einrede, der gewaltige Aufruhr in ihr mußte sich austoben. Nach langen, bangen Minuten wurde sie endlich ruhiger. Gefüßsam wie ein Kind ließ sie sich vom Kreisarzt zu einem Stuhl geleiten. Wie gebrochen sank sie in ihm nieder und verhällte das Angesicht.

„Es ist doch schon so lange Jahre her, können Sie sich da nicht irren?“ sprach der Amtsrat auf sie ein. „Wissen Sie genau, daß Ihr Vater in jener schrecklichen Stunde die Goldkette anhatte? Er mag sie vor dem Schlafengehen ausgezogen und auf den Nachttisch gelegt haben. Im Durcheinander jener schrecklichen Stunde kann dann leicht ein Dieb sich eingeschlichen haben oder sonst etwas —“

„Nein, nein!“ widersprach die Matrone unter starrem Kopfschütteln. „Würde ich tausend Jahre alt, ich könnte auch nicht das Geringste aus meinem Gedächtnis merzen, was ich damals habe erschauen und durchleiden müssen. Die zerrissene Kette ist damals von Ihrem Vorgänger von meines Vaters Leiche genommen und zu den Gerichtsakten getan worden. Ich habe sie erst später wieder auf mein vieles Bitten zurückbekommen, da war Sanders schon lange im Zuchthaus und ich war von meiner Krankheit wieder erstanden — o, daß ich damals doch gestorben wäre!“ schrie sie auf. „Bin ich nur ausgepart worden, um zweifach Schreckliches jetzt erdulden zu müssen?“

Sie haßte nach den Händen der vor ihr Stehenden, und den beiden abwechselnd voll verhällten Grauens in das Gesicht schauend fuhr sie fort: „Als ich das Schreien hörte und ins Zimmer kam, da lag Sanders auf meinem Vater — es kann nicht anders sein, er lag auf ihm, wenn er später auch sagte, er habe nicht über ihn gebeugt neben ihm gekniet und ihm helfen wollen. Aber kann da ein Jertum möglich sein... er hatte die Goldkette doch in der Hand und

mit seinem lehren Ausrufe nannte mich Vater. Ich noch beim Namen... und mit einem Ausdruck das war allein schon die schreckliche Verlage... und dann hatten doch Wehlig und mein zweiter Mann ihn vom Hof aus beobachtet, wie er ans Fenster getreten war, noch ehe es zum Kampf mit meinem Vater kam. Herrgott im Himmel!“ unterbrach sie sich mit einem wilden Aufschrei. „wenn sie gelogen hätten, die beiden, wenn's doch wahr wäre, was mein Mann damals hinauszuschrien hat, als sie ihn schuldig sprachen... wenn er doch unschuldig gewesen und nur der Schein wider ihn gesprochen... ich trüge es nicht... was wäre ich dann... schämmer wie eine Mörderin, schrecklicher wie alle Granatmetz auf Erden... verflucht müßte ich sein in alle Ewigkeit... und wessen Weib wäre ich dann geworden... sagen Sie, ich beschwöre Sie,“ wendete sie sich im Hebeemaß der Ekstase an den Amtsrat, „geben Sie mir Trost, ich werde sonst noch wahnsinnig... geht, es ist nicht möglich... mein Mann, der Bindewald kann kein falsches Zeugnis abgelegt haben. Dann hätte ich den Sanders auf dem Gewissen, ich hätte ihn schuldig sprechen lassen... ich ihn eidend gemacht, ihn und sein Kind... o du barmherzige Güte, wie verworfen stände ich dann da... und ich habe doch so handeln müssen, ich habe ja nicht anders können, es war doch mein Vater, den ich rächen mußte... der Vater, den ich lieber hatte als Mann und Kind.“

„Ruhig und besonnen, Frau Bindewald,“ unterbrach sie mahnend der Kreisarzt, indem er verflüßeln besorgte ihren Puls prüfte. „Sie dürfen nicht sinnlos gegen sich selbst wüten. Ich bin kein Jurist und vermag die Wichtigkeit des heutigen Fundstücks nicht zu ermessen, das ist die Sache des Amtsrates hier. Aber ich meine, es ist ihre Pflicht, den Kopf gerade jetzt oben zu behalten, wo die längst vergessenen gewöhnlichen Vergangenheit wieder lebendig wird und vernünftig zu uns spricht.“ (Fortsetzung folgt.)



prelle abermals zu steigen und zwar ist es demnach folgende Preise für ein Pfund festgesetzt worden: Rindfleisch 1. Klasse 17 Mt., 2. Kl. 15 Mt., Schaffleisch 11-14 Mt., Kalbfleisch 17 Mt., Bug und Schmelz 18 Mt., Schweinefleisch 22 Mt., Hammelfleisch 14-15 Mt., Schafffleisch 12 Mt. Der Preis für einzelne Buchforten wird entsprechend erhöht. Dabei wird bemerkt, daß weitere Preiserhöhungen unermesslich wären, wenn die Einkaufsverhältnisse für Schlachtwiech sich nicht bessern würden.

Aufhebung der Jagdpatente der Stuttgarter Fleischerinnung. Die Hauptversammlung der Stuttgarter Fleischerinnung beschloß, in Anbetracht des hohen Fehlbetrags die Jagdpatente aufzuheben. Das Jagdpatent wird zu einer Tageszeitung ausgebaut und jedem Mitglied zugesandt. Das Vertragsverhältnis mit der „Allg. Fleischzeitung“ wurde gelöst.

Stuttgart, 15. Jan. (Vohnbewegung.) Die Verhandlungen wegen Erneuerung des am 15. Januar 1922 zum Ablauf kommenden Lohnabkommens für die Holzindustrie von Württemberg, Baden und Hohenzollern, sind geistert.

Stuttgart, 15. Jan. („Die Aera Bälou“) Wie T. U. erzählt, erscheint demnächst im Cotta'schen Verlag unter dem Titel „Die Aera Bälou“ eine Veröffentlichung aus der Feder des Professors Johannes Haller, die in weitesten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregen wird. Der bekannte Tübinger Geschichtsprofessor beleuchtet hier geschichtlich die Politik des vierten Reichslanzlers und zeigt, wie schon damals das Erbe Bismarcks der letzten Katastrophe entgegengetrieben wurde.

Esslingen, 15. Jan. (Polizeiverkauf.) Der Gemeinderat beschloß gegen die Stimmen der Kommunisten, dem Ministerium des Innern mitzuteilen, daß nach dem die Sicherheits- und Kriminalpolizei in die Hände des Staats übergegangen ist, die Stadt auch kein Interesse an der Erhaltung der Feldpolizei mehr hat.

Esslingen, 15. Jan. (Stiftung.) Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens hat die Maschinenfabrik Esslingen der Stadt 200 000 Mark zur Verfügung gestellt als Grundstock für eine Stiftung, aus deren Ertrag gebildet jungen Leuten technischen Berufs des Arbeiter- und Gewerbestands, die der Hilfe bedürftig und würdig sind, Zuschüsse gegeben werden sollen zur weiteren Ausbildung. Die Maschinenfabrik hat in Anbetracht der Verhältnisse von einer besonderen Jubiläumsfeier abgesehen.

Großrotwar, 15. Jan. (Jagdverpachtung.) Bei der bis her Tage stattgehabten Jagdverpachtung wurden 30 500 Mt. für das Jahr erlöst und die Jagd auf 6 Jahren den Fabrikanten Schweizer und Käs aus Baden zugeschlagen.

Heilbronn, 15. Jan. (Bevölkerungsstatistik.) Im Dezember wurden hier 11 359 Familien mit zusammen 44 903 Einwohner gezählt. Die Zunahme seit der letzten Zählung im Jahr 1920 beträgt 151 Personen und 257 Familien. Der große Unterschied beruht auf einer Verminderung der durchschnittlichen Kopzahl einer Familie.

Preisreiberei im Obsthandel. Das Wuchergericht verurteilte Hermann Keller von Württemberg, O. A. Weinsberg, der Obst auf dem Heilbronner Markt brachte, das er für 110 Mt. eingekauft hatte, wegen jahrelängiger Preisreiberei zu 300 Mt. Geldstrafe. Der Obsthändler Christian Geiger von Vorderbüchelberg, der minderwertiges Obst zu 130 Mt. feilgeboten hatte, erlitt 600 Mt. Geldstrafe.

Heubach, O. A. Gmünd, 15. Jan. (Der Leichenfund.) Der am Bahndamm aufgefundenen Frauenleichenam wurde als die 31 Jahre alte verheiratete Bauersfrau Luzy von Rosenbach, Gde. Bartholomä, erkannt.

Neutlingen, 15. Jan. (Vom Rathaus.) Die Wohnungsabgabe soll vom 1. April ab mit 1 Prozent für die Stadt erhoben werden. Man erwirbt eine Einnahme von 700 000 Mt. Von der einzuwählenden Wohnungsluxussteuer erhofft man 50 000 Mt.

Tübingen, 15. Jan. (Fahrradmarder.) In Lustnau wurde ein Rest jugendlicher Fahrraddiebe entdeckt. Drei Fahrräder wurden ermittelt. Auch hatten die Burschen zum Teil Schußwaffen im Besitz. Sie wurden dem Amtsgericht eingeliefert.

Tailfingen, 15. Jan. (Brand.) In einem Holzschuppen der Firma J. Ammann u. Söhne, Sägewerk, entstand durch Kurzschluß Feuer. Der Schuppen war in kurzer Zeit samt den darin befindlichen Futter- und Getreidevorräten vollständig niedergebrannt. Die darin untergebrachten Schafe der Firma konnten gerettet werden. Der Schaden ist bedeutend.

Schramberg, 15. Jan. (Streik in der Uhrenindustrie.) Der Streik in der württembergisch-badischen Uhrenindustrie umfaßt rund 43 500 Arbeiter.

Ulm, 15. Jan. (Die Theaternot.) Im Gemeinderat sprach Oberbürgermeister Dr. Schwammberger sein Bedauern aus, daß der Finanzanschluß des Landtags das Gelingen eines Staatsbeitrags für die Stadttheater in Ulm und Heilbronn, die einzigen im Lande, abgelehnt habe, während für das Landes-theater in Stuttgart 3,3 Millionen und für die schwäbische Wanderbühne 100 000 Mt. ausbezahlt werden. Bis jetzt sind von der Stadt schon 600 000 Mt. für das Theater aufgewendet worden. Der Gemeinderat beschloß einen weiteren Zuschuß von 200 000 Mark, es soll aber eine neue Eingabe an den Landtag gerichtet werden.

Für die an den deutschen Kampfsport im Berliner Stadion teilnehmenden Ulmer Wettkämpfer genehmigte der Gemeinderat einen Beitrag von 5000 Mt. für die Mittelstandshilfe einen solchen von 50 000 Mt.

Westerstetten, 15. Jan. (Wieder Wasser.) Endlich wieder Wasser, so ruhen die Bewohner der Alborteile aus, die durch das Tauwetter von einer furchtbaren Not befreit wurden. Die Vone, die seit Anfang Juni 1921 fast vollständig ausgetrocknet war, führt wieder soviel Wasser, daß die Mühlen endlich wieder arbeiten können. Eine ähnliche Wassernot war seit 1865 nicht mehr auf der Alb.

Leitnaun, 15. Jan. (Selbstmord.) In Unter-

Stuttgart-Gefängnis hängte sich mit einem Leutnant in der Nacht der Gutsverwalter Karl Greiner aus Gemhofen, der wegen Diebstahls verhaftet worden war.

Baden.

Forstheim, 15. Jan. Im Verlauf der letzten Bürgerausführungen wurde mitgeteilt, daß die Industrie für Wohnungsbauten bis jetzt 3,5 Mill. Mark gesammelt hat und der Bau einiger Häuser bereits begonnen worden ist. Ueber die Aussichten der Schmuckwarenindustrie entrollte der Vorsitzende der Handwerkskammer ein wenig erfreuliches Bild. Die Bemühungen, die Schmuckwarenindustrie von der 4-prozentigen Ausfuhrabgabe zu entlasten, sind erfolglos geblieben. Sollte die Industrie von Forstheim auch noch mit der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe zugunsten der Kriegsschädigung belastet werden, so wird sie in ihrer Lebensfähigkeit auf das äußerste bedroht sein. Der Bürgerausschuß hat einen Antrag angenommen, beim Unterrichtsministerium wiederholt dahin vorstellig zu werden, daß den Mädchen der Besuch der sechs-klassigen Realschule gestattet werde.

Kehl, 15. Jan. Seit Jahresbeginn sind 13 Schleppdampfer mit 26 Rähnen und Anhang in den Kehler und Straßburger Rheinhäfen angekommen. Die Schiffe waren zum größten Teil mit Kriegsschädigungsgütern beladen. Für die Talfahrt werden die Schiffe mit Kali beladen.

Offenburg, 15. Jan. In den letzten Dezembertagen waren auf dem hiesigen israelitischen Friedhof 19 Grabsteine umgeworfen worden. Zur Ermittlung der bisher unbekannt gebliebenen Täter hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Der Stadtrat hat den Milch-Kleinverkaufspreis auf 4,20 Mark für das Liter erhöht.

Freiburg, 15. Jan. Die Zahl der Studierenden an der Universität beträgt in diesem Wintersemester 2746 gegen 3109 im Wintersemester 1920/21. Die Zahl der weiblichen Studierenden (290) macht 12 Prozent der Gesamtstudientenzahl aus. Vom Ausland ist unter den Besuchern die Schweiz am stärksten vertreten; es folgen dann Bulgarien, Rumänien und Ungarn.

Süßen, 15. Jan. Das Unterrichtsministerium hat seine Genehmigung zur Errichtung einer 7. Klasse im Realprogymnasium gegeben.

Wolsch, 15. Jan. Das Schöffengericht verurteilte den Korbmacher Christian Mayer aus Viberach, der im Oktober 1921 die Kirchendiebstähle in Wolsch und Oberwolsch ausführte, zu 6 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Vermischtes.

Lawinen am Feldberg. An der Nordseite des Feldbergs im Schwarzwald ging eine Lawine nieder, die eine Skifahrertruppe von 4 Herren und einer Dame verschüttete. Während die Herren sich aus den Schneemassen befreien konnten, wurde die Dame mit großer Mühe befreit und mit erheblichen Verletzungen befreit. Der Niederkommen von Lawinen ist im Schwarzwald sehr selten. Die letzte Lawine war im Winter 1907 niedergefallen.

Das Wismar-Geschehen vor dem Reichstagsgebäude in Berlin ist am Freitag morgen durch Schandbuben geschändet worden. Auf der dem Reichstag zugekehrten Seite wurde das Schwert abgeschlagen.

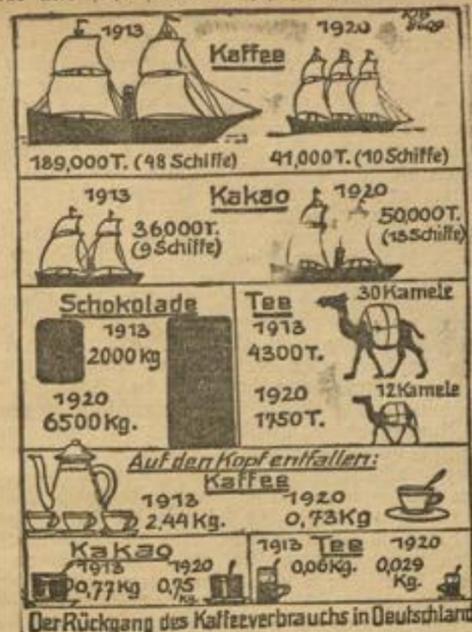
Der für die Wiener evang. theol. Fakultät. Bis heute hat der österreichische Staat der evang. theol. Fakultät der Universität Wien die Wismarerektionen den anderen Fakultäten vorenthalten, obwohl ihre wissenschaftliche Wertigkeit von sämtlichen Universitäten des protestantischen Europa anerkannt ist. Die Widerstände liegen vornehmlich im österreichischen Bundesrat, wo vor wenigen Wochen die diesbezügliche Anfrage eines Abgeordneten beantwortet blieb. Dagegen hat sich der Senat der Wiener Universität für Einberufung der Fakultät in den Universitätsverband ausgesprochen; in der Sache ist auch die Studentenenschaft, namentlich der die Verbindungen völkischer Richtung auf allen deutsch-österreichischen Hochschulen umfassende „Deutsche Hochschulbund“, entschlossen, den Kampf für die Wiederentwöhnung des „Anschlusses“ eines Jahrhunderts noch im Lauf dieses Winters zu einem siegreichen Ende zu führen.

Parfisi in Mailand. Pater Dore ging im Mailänder Scala-Theater Wagners Parsifal, vom Mailänder Komponisten Prof. Ziel begleitet, zum erstenmal in Szene. Das Bühnenwerkstück wurde mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen. „Nach dem ersten Akt führte sich, so berichtet ein Kritiker, das Publikum in die Foyerräume, mit dem Wunsch, sich einen Augenblick von dem Bann zu erlösen, dem es widerstandslos erliegen war: dem Bann einer überirdischen Schönheit. Mit einer Andacht, die kein lautes Rufen des Bewunders hätte, lauschte das Publikum dieser weihedvollen Offenbarung, die auch die unmerklichen Längen des Werks über der Schönheit des Ganzen vergessen ließ.“

Der Ausbau des europäischen Luftnetzes. Die zwei Jahre die seit dem Beginn des internationalen Handels- und Reiseverkehrs in der Luft verstrichen sind, haben bereits einen bedeutenden Ausbau des Luftverkehrsnetzes erreicht. Nach den neuesten Schätzungen ist ein regelmäßiger Flugdienst in Europa gegenwärtig auf einer Strecke eingerichtet, die ungefähr 8000 Kilometer umfaßt. Dazu kommen noch verschiedene Luftstrecken, auf denen kein regelmäßiger Verkehr stattfindet, die aber doch bereits in bestimmten Abständen geflogen werden und deren Ausdehnung man mit 3000 Kilometern annehmen kann. Im Jahr 1921 sind gegen 5000 Kilometern Luftstrecken dem Flugverkehr neu erschlossen worden, und es ist damit zu rechnen, daß im Laufe des Jahres 1922 mindestens 15 000 Kilometern des europäischen Luftnetzes in Betrieb sein werden.

Angoramarten. Das Kommissariat für Postwesen und Telegraphie der kaiserlichen Regierung zu Angora hat, wie die Danziger „Briefmarkenrundschau“ einem Bericht des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ entnimmt, jetzt einen ansehnlichen Vorrat eigener Briefmarken empfangen. Sie sind in Italien bestellt und dort nach preisgekrönten Entwürfen des türkischen Malers und Graphikers Bahaduddin hergestellt worden. Die Serie besteht vorläufig aus Marken zu 2, 10, 50

und 100 Piaster. Die Briefmarken sind von großem Format und sehr schön ausgeführt sein.



Die Idee der Zuckerröhre, eine Erfindung des Mittelalters. Die ehemalige Hof- und Staatsbibliothek zu München enthält die Handschrift eines Kriegsbaumelsters aus der Zeit der Hussitenkriege, deren Inhalt in seinen technischen Einzelheiten durch die Veröffentlichungen Prof. Th. Beck's näher bekannt geworden ist. Unter anderen originellen Ideen des Mittelalters findet sich darin auch die Zeichnung einer Turbine, also horizontallaufenden Kreisrads zum Antrieb durch Wasser, wie es heute die Wassinnemotoren in ausgedehntester Weise verwendet. Wenn man als den Erfinder der modernen Turbinen Turbin nennt, der seinem 1824 gebauten horizontallaufenden Wasserrad diesen Namen gab, so findet sich die Idee des Mühlenantriebs ganz unabhängig davon durch ein horizontales Rad bereits in jener mittelalterlichen Handschrift genau so gelöst, wie wir heute auf den großen Wasserwerken die Dynamomaschinen zur Gewinnung der Elektrizität antreiben. Unter der Abbildung steht der Bemerkung: „ein Papst von Rom der hat es erdacht“. Wer jedoch dieser Erfinder auf Petri Stuhl gewesen ist, die Frage scheint bis heute nicht gelöst zu sein.

Die Ächtung des schönen Franzosen. Die größte Sorge der Franzosen bleibt nach wie vor die durch die neue Volkszählung wieder erschreckend beleuchtete Abnahme der Geburten. In diesem Sinn schrieb kürzlich eine französische Zeitschrift, der gefährliche Erbfeind Frankreichs sei nicht der deutsche Mann (der wirklich ziemlich unerschütterlich geworden ist), sondern die deutsche Mutter. Der Versuch, die französische Geburtenziffer durch Geldprämien an linderreiche Familien, durch Ehrenzeichen und Zeitungserkläre für die Mütter zahlreicher Kinder zu heben, hat nach dem Ausweis der neuesten Volkszählung keinen Erfolg gehabt, trotzdem Frankreich sich diese Anspornung ein Stück Geld hat kosten lassen, das es lieber zur Greuelpropaganda gegen Deutschland verwendet hätte. Nun ist ein Ketter in der Not aufgetaucht. Der Professor der Zoologie in Nancy, Herr Lucien Cuenot, hat eine neue Lehre begründet, nach der es gelingen soll, den schönen und kräftigen Franzosen der Zukunft durch die von ihm entworfenen Gesetze künstlicher Zuchtwahl zu züchten und dadurch das Schicksal Frankreichs gegen die deutsche Bedrohung auf alle Zeiten sicherzustellen. In der Begründung seiner Lehre bemerkt er, es sei irrsinnig, daß der Staat ungeheure Summen zur Erhaltung von Krüppeln auswerfe, aber nichts tue, um schöne und kräftige Menschen zu schaffen. Die Gegenwart sei so gefallt, daß sie nicht einen Augenblick auf den Einfall gekommen sei, die längst erkannten Zuchtgesetze zur Hervorbringung von Rempferden, Rinderbedrängern, Mäuschweinen usw. sinngemäß auch auf die Verbesserung des Menschenbestands anzuwenden. Der Herr Professor nennt seine Lehre harmlos mit dem schon anderwärts bekannten Namen „Eugenik“. Eugen heißt bekanntlich der Wohlgestaltete, was die neidischen Mitmenschen den mit so hoch glückhaften Namen Ausgezeichneten meist durch eine gefällige Aussprache entgelten lassen. So sagen die Franzosen z. B. „Deschamps“. Aber das beweist nichts gegen die Tatsache, daß es in der Tat um Frankreich besser gestellt sein würde, wenn es weniger Krüppel und mehr „Deschamps“ in der Reihe seiner berufenen Geschlechtserhalter haben würde. Die französische Öffentlichkeit hat die Zuchtlehre aus dem zoologischen Institut von Nancy mit großer Begeisterung aufgenommen, und der „Matin“ z. B. erklärt, das sei eine Frage, der man „ohne Handschuhe“ näherzutreten müsse. Er verlangt, daß der Staat seine ganze Macht zur Verwirklichung dieser Pläne einsetze und daß es hinfert nicht männlich gestaltet sei, sich mit ungeeigneten Ehegenossen oder -genossinnen nach Laune und Wohlgefallen trauen zu lassen.

Okkultismus und Strafrecht. Der Gang unserer Zeit zum Mystischen, zum Untertauchen in dunkle Gebiete des Seelen- und Geisteslebens, birgt für schwache Naturen keine selbstverständlichen Gefahren in sich. Wer in sogenannten völkischen Vorträgen über Rasse und Geheimulte, Buddhismus und Neu-Buddhismus, über Sektenwesen in Indien und dergleichen steht, wie nicht nur wissenschaftlich Strebende, sondern auch Arbeiterfrauen und kleine Kontoristinnen diesem ihnen ganz fremden Geistesstoff gierig folgen, der kann sich seine Gedanken machen. Die Verwirrung der Zeit ist ungeheuer; sie greift mit Vorliebe auf das religiöse Gebiet über, das bei uns ohnehin eine große Rolle spielt. Für schlaue Betrüger und gewinngierige Spekulantent ist es ein leichtes, solche schwache Seelen in die Hand zu bekommen und nach ihrem Gefallen auszubenten. Viele von ihnen streifen mit ihrer Tätigkeit hart das Strafrecht, wenn nur das Strafrecht immer gleich auf jede neue Geistesmode eingerichtet wäre. In Berlin-Wilmersdorf ereignete sich in den Tagen um Weihnachten ein besonders trauriger Fall, der Selbstmord eines jungen Mädchens, das in die Wege eines sogenannten okkultistischen Professors geraten war. Es handelt sich um ein Fräulein Müller-Hehling, das als Verkäuferin in einem Kaufhaus angeheiratet war. Sie galt bis vor kurzem als lebenslustig und fleißig.

gerüst oder fest etwiger Felt in den Bann „okultistischer Kreise, unter deren Einfluß sie Mitglied der okultistischen „Vollschule“ wurde, ferner einem sogenannten Orden beitrat und besonders die Vorträge des Vorstehers jener Hochschule, des Herrn Weber-Robine, anhörete. Dieser Herr, der früher Sänger oder Schauspieler gewesen zu sein scheint, der sich dann aus eigenen Gnaden Professor nannte, bekam offenbar den unheilvollsten Einfluß auf seine Hörerin, die ihren Angehörigen oft von ihm vorschwärzte. Am ersten Weihnachtstags ereignete sich die Tragödie, die den traurigen Schlupunkt dieser Schwärmerei bildete. An diesem Tag, gegen Mittag, erschien der Herr Professor Weber-Robine in der Wohnung des Fräuleins und fragte nach ihr. Als man ihm zur Antwort gab, sie schläfe wohl noch, gab er die latonische Erklärung ab: „Sie wird wohl nicht mehr leben!“ Die Wirtin des jungen Mädchens eilte, aufs tiefste betroffen, nach dessen Zimmer, fand es aber verschlossen. Nachdem man es gewaltsam geöffnet hatte, fand man das Fräulein Müller geschmückt auf ihrem Bett bewußtlos liegen, in einem Zimmer, das sie mit Blumen und Tannenzweigen phantastisch ausgestattet hatte. Sie hatte im Uebermaß Veronal und Morphinum genommen und starb an einer eitrigen Lungenentzündung, verursacht durch Eindringen von kleinen Mengen des Giftes in die Lungen, einige Tage später im Krankenhaus. Als die Selbstmörderin gestorben war, meldete sich gleich am anderen Tag der Herr Professor wieder. In einem Brief, den die Verstorbene hinterlassen hatte, hatte diese ihn als ihren Erben und Testamentsvollstrecker eingesetzt, und er begann nun gleich, den Nachlaß aufzunehmen und zu beschlagnahmen. Er bemächtigte sich zu diesem Zweck sogar noch einer anderen Wohnungseinrichtung, die die Verstorbene bei einer Freundin untergebracht hatte. Reinlich ging es bei der Einsäherung der Leiche in dem Krematorium zu, wobei Weber-Robine eine salbungsvolle Rede hielt, aber nicht vergaß, zu erwähnen, daß die Tote ihn aus Verehrung und Liebe zum Erben eingesetzt habe, worauf der Stiefvater des Fräulein Müller ihn erregt unterbrach, ihm das Reden untersagte, und ihm die Schuld am Tod seiner Tochter gab. In jedem Falle hatte dieser wissenschaftlich-religiöse Orden sehr seltsame Sagenen, da diese bestimmten, daß jedes lebenslängliche Mitglied ihn, Weber-Robine, zum Erben und Testamentsvollstrecker einsetzen müsse. Der Verdacht liegt nahe, daß der okultistische Professor um den Selbstmord seiner exaltierten Schülerin gewußt habe, und das Testament rückt das in noch eigentümlichere Beleuchtung.

Farben, die reizen. Die stärkere Farbigkeit, die in der Trauerkleidung so ausgesprochen hervortritt, fordert dem Wert der Farbe im täglichen Leben mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher geschehen. Daß Farben starke Gemütsempfindungen hervorrufen, ist eine alte Erfahrung, die besonders Goethe in seiner

„Farbenlehre“ betont hat. Elizabeth Gatt Woolf schreibt in einer Betrachtung: „Die Männer wissen oft nicht, was sie plötzlich so nervös und unruhig macht. Es ist aber die Wirkung der Farbe im Kleid einer Dame. Die Betreffende mag so hübsch aussehen wie gewöhnlich, aber sie begegnet doch bei dem Manne einer Ablehnung und einer nervösen Reizbarkeit, weil die Farbe ihrer Kleidung ihn beunruhigt. Man erzählt, daß ein roter Hut die erste Ursache für einen berühmten Scheidungsfall gewesen sein soll. Die Farbe des Kleids kann der Dame sehr gut stehen; aber unabhängig von ihrer Erscheinung wirkt sie auf die Umgebung beunruhigend und aufreizend. Das sollten die Frauen bedenken und nicht durch zu starke Farbewirkungen ihre Umgebung aus dem seelischen Gleichgewicht bringen. Kinder können fast immer durch Farben gewonnen werden. Während sie sich meistens vor schwarz fürchten, erregen bunte Farben ihre Entzücken. Die leichten zarten Farben des Frühlings rufen Heiterkeit und eine Leichtigkeit des Empfindens hervor. Grelle, schwere Farben, die an das Kolort der Herbstnatur gemahnen, sollten nur von reifen Frauen getragen werden, während im Winter des Lebens starke Farben einen unpassenden Gegeß hervorgerufen. Wie wichtig die Färbung bei den Nahrungsmitteln ist, dürfte allgemein bekannt sein. Ein bekannter Arzt, der kürzlich Versuche über die Wirkung der Farbe durchführte, behauptet, daß Rot die Verstandesstätigkeit anregt, z. B. würden die Ergebnisse mathematischer Arbeiten verbessert, wenn sie bei rotem Licht ausgeführt würden. Malaria soll beeinflusst werden durch eine Verbindung von Blau und Grün, Influenza durch eine solche von Rot und Grün, Epi-lepsie durch Rosa und Orange.“

Seitens.

Schwäbisches. Nach langen Jahren machte ich neulich einen Besuch bei meinen schwäbischen Verwandten. Im Verlauf des Gesprächs mußte ich räuspfern und wende mich distret zu dem dafür aufgestellten Möbelstück. Die Tante sieht entsetzt zu und sagt dann: „Da Du bist gut; spuckt mir der Kerle oisach in mein's Spucktrüchle...“

Lokales.

Wildbad, den 16. Januar 1921.

Erhöhung der Gebühr für Kaminseger. Amtlich wird mitgeteilt: Mit Wirkung vom 1. Januar d. J. sind die Gebühren der Kaminseger auf den 10fachen Betrag der Gebühren von 1914, gleich dem 5fachen Betrag der Gebühren von 1919 erhöht worden. Obwohl erst auf 1. Oktober 1921 die Gebührensätze von 1919 um 100 Prozent auf 370 Prozent erhöht worden waren, ließ sich eine abermalige noch erheblichere Erhöhung um 130 Prozent der Sätze von 1919 mit

Stärke auf die eingetragene Deutung und den Umstand nicht umgehen, daß die Kaminsegermeister an die demnächst ins Leben tretende Verordnungsstelle der Kaminsegermeister Württembergs ganz erhebliche, den Feuerungsverhältnissen entsprechend gezielte jährliche Beiträge zu bezahlen haben werden.

Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen. Durch eine Verfügung des Justizministeriums wird das Reichsgefängnis zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen auf die württ. Verhältnisse ausgedehnt.

Postverkehr in Württemberg im Dezember 1921. Zahl der Postsekunden Ende Dezember 28 124 gegen November mehr 405. Von dem Umsatz im Gesamtbeitrag von 7,140 Milliarden M. sind 5,728 Milliarden M. bargelblos beglichen worden. Das Guthaben der Postsekunden stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 488 Millionen M.

Justizbeamte und Gefängnisdienst. Die während des Kriegs unterbrochene Uebung, jüngere Angehörige der württ. Justizverwaltung zu ihrer Einführung in den Gefängnisdienst für eine bestimmte Zeit einer Strafanstalt zuzuteilen, wird zufolge einer Mitteilung des Justizministeriums nunmehr wieder aufgenommen. Richter, Amtsrichter, Staatsanwälte und Gerichts-Rassessoren können im Laufe der nächsten Monate einer oder mehreren Strafanstalten zugeteilt werden.

Postwertzeichen für den amtlichen Verkehrsverkehr. Infolge der am 1. Januar eingetretenen Venderung der Postgebühren werden an Stelle der bisherigen Postarten des württ. amtlichen Verkehrs mit dem Wertstempel zu 30 Pfg. Postarten dieser Art mit dem Wertstempel zu 125 Pfg. (schwarzer Ueberdruck 125/30), sowie Freimarken dieser Art zu 2 und 3 M. ausgegeben werden. Mit der Ausgabe der Postarten zu 125 Pfg. wird in allernächster Zeit begonnen werden; die Ausgabe der neuen Freimarken zu 2 und 3 M. wird später bekanntgegeben werden.

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag. In der Zeit vom 30. August bis 2. September 1922 findet in Stuttgart der 36. Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftstag, der voraussichtlich von über 1000 Teilnehmern des Reichs besucht werden wird, statt.

Handel und Verkehr.

Der Papiergeldumlauf betrug nach dem Reichsbankausweis vom 7. Januar 121 372,9 Millionen M., davon 115 139,9 Millionen Reichsbanknoten und 8233 Millionen Darlehenskassenscheine.

Stuttgart, 15. Jan. Das württ. Staatsministerium hat dieser Tage einen Bescheidurfs festgestellt, wonach die Befugnis der Württ. Notenbank in Stuttgart zur Ausgabe von Banknoten, die bisher auf höchstens 50 Millionen Mark beschränkt war, bis zum Höchstbetrag von 70 Millionen Mark ausgedehnt werden soll.

Freundliche Einladung

zu den

Evangelisations-Vorträgen

von Herrn Pastor Stierle, Freiburg
vom 16.—22. Januar 1922, jeden Abend 8 Uhr
in der Kirche zu Wildbad.

Montag, 16. Jan.: Eine berechtigte Revolution.
Dienstag, 17. Jan.: Lebensende u. Lebensanfang.
Mittwoch, 18. Jan.: Feuer und Zwietracht.
Donnerstag, 19. Jan.: Antichrist und Weltende.
Freitag, 20. Jan.: Lebensmüde und Lebenskraft.
Samstag, 21. Jan.: Sind moderne Ehen glücklich?
Sonntag, 22. Jan.: Lebensweg u. Lebensführung.

Von Dienstag, 17. Jan. bis Samstag, 21. Jan.
jeden Nachmittags 3 Uhr

Bibelstunden für Jedermann

im Gemeinschaftslokal: Rathausgasse 67.

Die Bibelstunde am Sonntag nachmittags 3 Uhr
findet in der Kirche statt.

Sie sind herzlich eingeladen!

Wildbad, den 16. August 1922.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unser liebes gutes Kind

Annale

im Alter von 10 1/2 Jahren in die Schar seiner
Engel aufzunehmen.

In tiefer Trauer:

Familie Friz Wandpflug.

Beerdigung Dienstag mittags 3 Uhr.

Bruchleidende

Sie quälen sich unnötig! Benützen Sie kein drückendes Feder- oder nutzloses Gummiband mehr! Ich biete Ihnen das bewährteste Band, das den Bruch von unten herauf zurückhält.

D.R. Patent Dr. Winterhalter Nr. 304 113
Ohne Feder, kein Drücken mehr! Sicher und unauffällig im Tragen. Ueber 30 000 schon im Gebrauch! Garantie nur Maßanfertigung.

B. Heise, Zinkgartenstraße 2, Halle a. S.
Mein Vertreter ist mit Mustern nur Donnerstag, den 19. Januar, nachm. 2—6 Uhr im Hotel Sonne in Wildbad.



Fußball-Verein Wildbad

Am Samstag, den 21. Januar, abends 7 Uhr
findet im Lokal zur „Alten Linde“ die diesjährige
ordentl. Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftsbericht
2. Kassenbericht
3. Neuwahlen
4. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen und zahlreiche Beteiligung
der Mitglieder wird gebeten.

Der Ausschuß.

Anträge zur General-Versammlung sind bis Freitag,
den 18. Januar beim Vorstand abzugeben.

Reichsbund

der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Krieger-
Hinterbliebenen, Ortsgruppe Wildbad.

Der Reichsbund beabsichtigt am 28. und 29. ds. Mts.

einen Unterhaltungsabend

abzuhalten zu Gunsten hiesiger Kriegerwitwen.

Die Einwohnerschaft Wildbads wird herzlich um zahl-
reiche freiwillige Gaben hierzu gebeten, dieselbe werden
danke entgegengenommen bei Vorstand Voit, Friedrich
Waidelich, Krankenhaus, Schuldiener Sigt und Frau Käte
Junk.

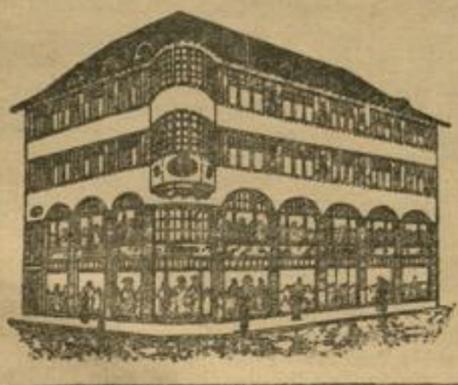
Die Ortsgruppenleitung.

Schöne
**4 Zimmer-
Wohnung**

in Cannstatt gegen solche in
Wildbad zu tauschen gesucht.
S. B. 4 an die Tagblatt-
Geschäftsstelle.

**Lebertran, unger.,
Futterkalk.**

Zu haben bei Gebr. Schmit,
Med.-Drog.



Damen- und Mädchen- Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, u. Blumenstr.

Ecke Metzger-

